

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Wellandstraße 58
73434 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de



Kiesewetter kompakt 04/2010

Informationen der Fraktion- Persönliche Notizen

1. Ab sofort ist es auch während der Sitzungswoche in Berlin möglich, mit mir über Telefon „Bürgergespräche“ zu führen. Rufen Sie dazu bitte in meinem Berliner Büro an, in der Regel bin ich montags dafür verfügbar, Frau Jokl-Gehring oder Frau Lindner stimmen gerne einen Termin mit Ihnen ab.

Telefon: 030 / 227 77594.

2. Die Zeit über Fasching habe ich zu vielen Informationsgesprächen genutzt, so zum Beispiel mit der Agentur für Arbeit in Aalen und bei Firmenbesuchen in Giengen und Aalen. Insgesamt ist der Silberstreif eines Aufschwungs in Sicht. Trotzdem müssen wir darauf achten, dass gerade Kommunen bei all ihren Aufgaben ihre Kosten in den Griff bekommen. Bei der ODR habe ich mich über den Stand des Aufbaus von Breitbandinternet informiert. Hier gibt es Fortschritte für unsere Region. Zugleich habe ich für das Netzwerk Erneuerbare Energien geworben.

3. Natürlich habe ich auf verschiedenen Sitzungen und Umzügen unseren heimatlichen Fasching genossen, manchmal auch inkognito. Im Fasching geht das ;-)

4. In Berlin gibt es wieder neue Aufgaben für mich, ich wurde Obmann unserer Fraktion für Abrüstung und Rüstungskontrolle und stellvertretender Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung. Zudem wurde ich

Leiter der deutschen Delegation bei der Euromediterranen Parlamentarierversammlung. Heute am 26. Februar habe ich meine 3. Rede im Bundestag gehalten, dieses Mal vor fast vollem Haus, ohne die Fraktion Die Linke jedoch. Es war eine angespannte Atmosphäre, dem Thema Afghanistan angemessen.

5. Zitat

«Im Deutschen Bundestag hat es in allen Legislaturperioden völlig unabhängig von den Mehrheitsverhältnissen immer einen Konsens darüber gegeben, dass die Regeln dieses Hauses ausnahmslos für alle gelten. Und wir haben die Unverzichtbarkeit der strikten Einhaltung dieser Regel auch im Bewusstsein der historischen Erfahrung für unabdingbar gehalten, dass ein deutsches Parlament an dem leichtfertigen Umgang mit den selbst gesetzten Regeln bereits einmal gescheitert ist.» (Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) am 26.2. zum Ausschluss der Linksfraktion von der Sitzung)

6. Mein Leiter Wahlkreisbüro, Herr Christian Fromm, war diese Woche zur Einweisung und Unterstützung in Berlin. Er ist ab Montag wieder unter 07361 / 5249201 für Sie erreichbar.

7. In Ergänzung zum vorangegangenen „Kiesewetter kompakt“ möchte ich Ihnen ausführlich die präzisierten Eckpunkte der Novelle des Erneuerbaren Energiengesetzes zur

Kenntnis geben. Folgendes wurde im Koalitionsausschuss am 23. Februar vereinbart:

a. Erhöhung des Zielkorridors

Als Zielkorridor des Ausbaus der Photovoltaik wurden 3500 Mega-Watt jährlich festgelegt. Dies ist gegenüber dem EEG 2009 mehr als eine Verdoppelung und zeigt die Entschlossenheit der Koalition, den Weg in das Zeitalter der regenerativen Energien zügig zu gehen.

b. Berücksichtigung der sinkenden Anlagenkosten

Bei Dach- und Fassadenflächen erfolgt eine einmalige Absenkung der Einspeisevergütung um 16 % ab 1. Juli 2010.

Bei Freiflächen (außer Konversionsflächen) wird die Einspeisevergütung zum 1. Juli 2010 einmalig um 15 % gesenkt.

Die im Gesetz bereits vorgesehene reguläre Absenkung der Vergütung (Degression) wird für Dach-, Fassaden- und Freiflächen für das Jahr 2010 um jeweils 1 % erhöht. Damit liegt die jährliche Abschmelzung der Vergütung je nach Jahr und Anlagengröße bei 9 % - 11 %.

c. Zukünftige Förderung nach dem Prinzip des Atmenden Deckels

Die Höhe der Degression der Vergütungssätze verändert sich ab 2011 in Abhängigkeit vom Erreichen bzw. Überschreiten des Zielkorridors nach dem Prinzip des „Atmenden Deckels“. Beim Überschreiten des Ausbauzieles wird die jährliche Vergütung zusätzlich reduziert, bei Nichterreichen wird die Vergütung weniger stark abgesenkt. Der Beobachtungszeitraum zur Festlegung des Zielkorridors wird auf den Zeitraum von Juni bis September 2010 festgelegt.

Bei folgendem jährlichen Zubau von Photovoltaikleistung erfolgen dementsprechend zusätzliche Ab- bzw. Zuschläge zur Einspeisevergütung:

Degressionsminderung:

Zubau	< 1500 MW + 7,5 %
	< 2000 MW + 5 %
	< 2500 MW + 2,5 %

Degressionssteigerung ab 2011:

Zubau	> 3500 MW - 2 %
	> 4500 MW - 4 %
	> 5500 MW - 6 %

Degressionssteigerung ab 2012:

Zubau	> 3500 MW - 3 %
	> 4500 MW - 6 %
	> 5500 MW - 9 %

d. Weitere Freiflächen können genutzt werden

Neu aufgenommen in die Förderung werden Freiflächenanlagen auf bestehenden Gewerbeflächen sowie an Bundesautobahnen und Schienenwegen.

e. Keine neuen Anlagen auf Ackerflächen, aber Investitionssicherheit für bereits begonnene Projekte

Auf Ackerflächen gibt es keine Vergütung mehr für Anlagen, die nach dem 1. Juli 2010 ans Netz gehen. Sollte vor dem 1. Januar 2010 ein gültiger Bebauungsplan vorgelegen haben, der den Bau von Photovoltaikanlagen vorsieht, dann verlängert sich diese Frist bis zum 31. Dezember 2010.

f. Eigenverbrauch beim Anlagenbetreiber unterstützen

Der wirtschaftliche Vorteil aus dem Eigenverbrauch von Photovoltaikstrom wird auf 8 Cent erhöht (bislang 3,5 Cent), allerdings bis 31. Dezember 2011 (Termin der nächsten regulären Überprüfung des EEG) befristet sowie bei einer maximalen Anlagengröße von 0,8 MW gedeckelt. Die Verknüpfung der Zahlung mit einer Verpflichtung zur Nutzung eines Stromspeichers beim Anlagenbetreiber wird bei der nächsten EEG-Novelle geprüft.

Die Bundesregierung wird auf der Basis dieser Eckpunkte den Fraktionen eine Formulierungshilfe zur Verfügung stellen, die dann als Gesetzentwurf der Fraktionen in die parlamentarischen Beratungen geht.

Auf Grund der weiter zu erwartenden Marktveränderungen wird zukünftig im Drei-Jahres-Rhythmus durch die Bundesregierung ein

EEG-Erfahrungsbericht vorgelegt. Auf dem nächsten Erfahrungsbericht aufbauend wird eine Novellierung des EEG mit Wirkung zum 1. Januar 2012, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, erfolgen.

8. Auf Antrag der christlich-liberalen Koalition hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages in dieser Woche die Mittel zur Förderung von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung im Rahmen des CO₂-Gebäude-sanierungsprogramms der KfW-Förderbank um 400 Millionen Euro erhöht. Die SPD-Fraktion, die dieses Programm in den vergangenen Jahren in der Großen Koalition noch mitgetragen hat, hat dem Erhöhungsantrag der christlich-liberalen Koalition im Haushaltsausschuss nicht zugestimmt.

Mit der beschlossenen Erhöhung steht im Haushaltsjahr 2010 ein Programmvolumen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro zur Förderung von Maßnahmen zur Energieeinsparung und Reduzierung des CO₂-Ausstosses bei Wohngebäuden, in Großwohnsiedlungen und bei kommunalen Einrichtungen, wie z.B. Schulen und Kindergärten, zur Verfügung.

Die im Entwurf der Bundesregierung für 2010 für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm vorgesehenen Mittel in Höhe von bereits 1,1 Milliarden Euro sind nochmals um mehr als ein Drittel erhöht worden. Damit hat die christlich-liberale Koalition auf Befürchtungen reagiert, dass das erfolgreiche Programm aufgrund fehlender Mittel bereits im Sommer dieses Jahres gestoppt werden müsse.

Das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist zentraler Bestandteil des Energie- und Klimaprogramms des Bundes. Dabei sind sowohl die klima- und energiepolitischen als auch die ökonomischen Wirkungen von herausragender Bedeutung.

9. Die neue CDU/FDP-Regierung des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Stefan Mappus hat ihre Arbeit aufgenommen. Das Kabinett wurde an diesem Mittwoch vom Landtag in Stuttgart mit der Mehrheit der CDU/FDP-Koalition bestätigt. Anschließend wurden die Regierungsmitglieder von Landtagspräsident Peter Straub vereidigt. In der

Villa Reitzenstein hat Ministerpräsident Stefan Mappus danach den Mitgliedern der Landesregierung die Ernennungsurkunden ausgehändigt.

Die CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag gratulierte den Kabinettsmitgliedern freu sich auf die Fortsetzung der sehr guten und erfolgreichen Zusammenarbeit.

Hintergrund: Neben dem Ministerpräsidenten nehmen auch die Mitglieder des Landeskabinetts in unregelmäßigen Abständen an den Sitzungen der Landesgruppe in der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin teil, um Themen, die sowohl bundes- als auch landespolitische Bedeutung haben, zu erörtern.

Beste Grüße

Herzlich Ihr und Euer Roderich Kiesewetter